

Nationalrat billigt F-35-Zusatzkredite trotz harter Kritik

- 16.09.2026
- Neue Zürcher Zeitung
- Selina Berner

Offiziell hat der Nationalrat am Dienstag über die Armeebotschaft 2026 debattiert. Inoffiziell besetzte ein Phantom den Saal: der F-35 und der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum angeblichen Fixpreis. Während bürgerliche Parlamentarier das Thema weitgehend umgingen, lenkte die Linke den Fokus immer wieder darauf. Denn zur Debatte stand viel Geld. Rund eine halbe Milliarde Franken an Zusatzkrediten für den F-35 forderte der Bundesrat in der neuen Armeebotschaft - für Mehrkosten beim Kauf und Umbauten an den Flugplätzen.

Rüstungskredite über 3,4 Milliarden Franken für die Abwehr von Drohnen, Cyberangriffen oder Desinformation waren dagegen unumstritten. Ob und wie sich Verteidigungsminister Martin Pfister zum Bericht äussern würde, blieb lange ungewiss. Der Bundesrat schwieg, während die Linke das Thema gekapert hatte: Schon am Montag forderte sie eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) - das schärfste Instrument des Ratsbetriebs. Im Nationalrat erinnerte Pfister daran, dass nicht der Aufsichtsbericht zur Debatte stehe, sondern die Armeebotschaft. Doch das Thema war bereits omnipräsent.

Eine Grundsatzdebatte Nationalrat Gerhard Andrey (Grüne) schlug der grossen Kammer vor, den Zusatzkredit von 394 Millionen Franken für die F-35-Mehrkosten abzulehnen - oder mindestens an den Bundesrat zurückzuweisen. Grund sei der GPK-Bericht: Dieser halte fest, dass es einen pauschalen Fixpreis nie gegeben habe und die Kommunikation des VBS «nicht nachvollziehbar - ich würde sagen irreführend» gewesen sei, so Andrey. Das Parlament habe die Beschaffung auf falschen Grundlagen bewilligt. Nun müsse der Bundesrat die Empfehlungen der GPK abarbeiten, erst dann könne er einen Zusatzkredit fordern. Andrey verknüpfte den Verfahrensfehler mit Fundamentalkritik: Der F-35 sei zu teuer und schlicht das falsche Flugzeug für die Schweiz.

Selbst in den USA gelte er als «das teuerste und problematischste Rüstungsprojekt aller Zeiten». Thomas Hurter (SVP) hielt dagegen und forderte das Gegenteil: einen weiteren Zusatzkredit, damit die Schweiz nicht nur 30 F-35 erhält, sondern die bestellte Anzahl von 36. Das sei schliesslich das «Minimum» für die Sicherheit der Schweiz, erklärte der Pilot. Das Fixpreis-Debakel ändere nichts daran, dass das amerikanische Flugzeug in der Evaluation am besten abgeschnitten habe - «und dabei bleibt es», sagte Hurter und versuchte die Grundsatzdiskussion zu beenden. Doch auch Priska Seiler Graf (SP) nahm das Thema auf.

Der F-35 sei «ein Fass ohne Boden». Das zeige sich nicht nur beim Fixpreis, sondern auch bei den Zusatzkosten für die baulichen Massnahmen. Dort sei das Parlament nun mit einer Kostensteigerung von 74 Prozent konfrontiert. Die SP-Fraktion will den Kauf deshalb ebenfalls abbrechen. Entsprechend lehnte sie alle beantragten Zusatzkosten für das neue Kampfflugzeug ab.

Heinz Theiler (FDP) bemühte sich um Differenzierung. Der Bericht sei eine «unangenehme, aber notwendige Lektüre». Die Schelte treffe die Kommunikation und die Verhandlungsführung des VBS, nicht den Flugzeugtyp an sich oder den militärischen Bedarf. Ein Abbruch bedeute einen kompletten Neustart und zehn Jahre ohne funktionierende Luftverteidigung. Das sei schlicht fahrlässig.

Kräftemessen steht noch bevor Pfister blieb stets ruhig und hörte geduldig den stundenlangen Voten zu. Er sprach zuerst über die Substanz der Armeebotschaft: Drohnenabwehr, Cybersicherheit, Luftverteidigung. Er «bitte» um die Annahme aller Beschlüsse. Erst danach wandte er sich dem inoffiziellen Thema der Debatte zu. Der Bundesrat werde «natürlich sehr schnell» auf den Aufsichtsbericht antworten.

Er persönlich finde das Papier «differenziert, sachlich und interessant» - eine «gute Diskussionsgrundlage» für Reformen im VBS. Doch gleichzeitig sei der Bericht eine «schwere Belastung» für die Vertrauensarbeit, die sein Departement in letzter Zeit geleistet habe. Pfister hat sein Amt im März 2025 mit einem Versprechen angetreten: Politik und Öffentlichkeit sollten wieder Vertrauen in das VBS fassen. «Wir müssen transparenter werden und Fehler offen angehen», sagte er deshalb auch im Februar in einem Interview. Ohne einen Kulturwandel im VBS glaube niemand daran, dass die Behörde Probleme anpacke und Steuergelder effizient einsetze.

Rhetorisch rückte der Aufsichtsbericht am Dienstag in den Vordergrund der Debatte, politisch obsiegte der Verteidigungsminister jedoch auf ganzer Linie. Der Nationalrat genehmigte wie bereits der Ständerat sämtliche Rüstungskredite - inklusive der Zusatztranche für den F-35 und der Mehrkosten für die Flugplatzumbauten. Nach der letzten Abstimmung zeigte sich der Bundesrat entsprechend gelöst und lächelte. Doch das eigentliche Kräfteressen steht erst noch bevor: die langfristige Finanzierung der Armee. Voraussichtlich am kommenden Montag beugt sich der Ständerat über die Idee eines verschuldungsfähigen Rüstungsfonds, gespeist aus einer höheren Mehrwertsteuer.

Einem solchen Steueraufschlag begegnen fast alle Parteien seit je mit tiefer Skepsis. Der Befund der GPK dürfte diese Abwehrhaltung nur noch zementiert haben. Martin Pfister muss das VBS durchleuchten Kommentar auf Seite 20.